

Wir deutschen Weltbürger

Wie gewinnt eine Gesellschaft mehr Sinn für das Gemeinwohl? Der Bürger wird es aushalten müssen, je nach Sachfrage als Deutscher, als Europäer oder als Weltbürger zu denken und zu agieren

Von Wolfgang Schön

In Zeiten politischer Verunsicherung wird aus allen politischen Lagern gern an die gemeinsame Verpflichtung der Mitglieder unserer Gesellschaft appelliert, das gemeine Wohl zu fördern und dafür Individualinteressen hintanzustellen. Dass ein solcher Gemeinsinn zum notwendigen „Kitt“ jedes sozialen Verbandes gehört, ist bei uns im Ausgangspunkt anerkannt. Wenn dieser Grundsatz dennoch an Wirkkraft verliert, so müssen wir – wie jüngst auf dem Convoco-Forum in Salzburg diskutiert wurde – zwei Entwicklungen in den Blick nehmen:

Gemeinwohl ist nicht denkbar ohne Bezug auf eine konkrete Gemeinschaft

Gerade die im Gefolge der Euro-Krise und des Brexit entfachte Diskussion um eine Vertiefung der Europäischen Union, aber auch die Suche nach Lösungen für die internationale Migration oder das Ringen um das Pariser Klimaabkommen stellen den Bürger vor die Frage, ob er in erster Linie „deutsch“, „europäisch“ oder gar „global“ denken und handeln soll. Indem die Politik dazu neigt, die möglichen Konflikte zwischen diesen Gemeinwohlperspektiven wegzudiskutieren („Was Europa nützt, nützt



auch Deutschland.“), trägt sie zur Verunsicherung ihrer Wähler eher bei. Besorgt muss auch stimmen, wenn wichtige Berater des amerikanischen Präsidenten, Gary Cohn und H. R. McMaster, im „Wall Street Journal“ für die US-Politik formulieren, „that the world is not a ‚global community‘ but an arena where nations, nongovernmental actors and businesses engage and compete for advantage“.

So wenig es überzeugen kann, das „globale Gemeinwohl“ an allen Fronten der Politik in den Vordergrund zu stellen, so wenig kann eine pauschale Renationalisierung der Interessen die realen Probleme der Welt lösen. Richtig erscheint es, je nach Sachthema unterschiedliche politische Bezugssysteme zu adressieren: Klimawandel und

Migration sprechen globale Gemeinschaftsgüter an, während soziale Sicherungs- oder Bildungssysteme typischerweise im nationalen Rahmen verfasst sind. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verlangen ebenso wie Handels- und Wirtschaftspolitik nach supranationalen Strukturen. Der Bürger wird es aushalten müssen, je nach Sachfrage als Deutscher, als Europäer oder als Weltbürger zu denken und zu agieren.

Gemeinwohl ist nicht präzise vorgegeben – es muss im politischen Diskurs konkretisiert werden

Doch den Trägern und Mechanismen dieses Diskurses – den Parteien und der repräsentativen Demokratie – wird zunehmend misstraut. Dass in immer mehr Ländern Einzelpersonen für

sich in Anspruch nehmen, das Gemeinwohl „oberhalb“ der Parteien zu verkörpern, muss jenseits aller Sympathien und Antipathien für diese Köpfe diejenigen bedenklich stimmen, die Politik als Abfolge rationaler Sachentscheidungen verstehen möchten. Doch wäre es keine Alternative, Politik zu „verwissenschaftlichen“ und einer Expertokratie unerfüllbare Aufgaben zu geben.

Vielleicht ist es an der Zeit, Möglichkeiten der direkten Demokratie auch in Deutschland verstärkt auszuprobieren. Der Bürger muss Verantwortung für das gemeine Wohl nicht nur alle vier Jahre erleben. Doch das erfordert einen klugen Blick auf die Erfahrungen anderer Staaten: Worin liegt der Unterschied zwischen der erfolgreichen Rückbindung von Politik an die Bevölkerung durch Volksentscheide in der Schweiz und dem von Hysterie angetriebenen Brexit-Referendum? Welche Themen eignen sich für basisdemokratische Elemente – und welche nicht? Hier voranzuschreiten wäre eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. ■



Prof. Wolfgang Schön ist Direktor des Max-Planck-Instituts für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen in München